



Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 DSGVO)

Jugendamt

Sachbereich Psychologische Beratungsstelle (PB) – Sachgebiet Frühe Hilfen

Nach den Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir dazu verpflichtet, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das oben genannte Amt des Landratsamtes Rastatt aufzuklären. Im Folgenden möchten wir der Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO nachkommen.

1. Verarbeitung personenbezogener Daten

1.1 Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Jugendamt – Sachbereich PB Frühe Hilfen – verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich zur Erledigung im Rahmen freiwilliger Angebote. Ihre Daten werden zu folgendem Zweck erhoben:

- Beratung und Betreuung im Rahmen des Fachdienstes Frühe Hilfen

1.2 Grundlage der Verarbeitung

Sofern eine Einwilligung von Ihnen vorliegt, ergibt sich die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten aus Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a i.V.m. Artikel 7, 8 DSGVO. Darüber hinaus dienen als Rechtsgrundlage spezialgesetzliche Regelungen, insbesondere §§ 61 bis 68 SGB VIII sowie § 203 StGB (Schweigepflicht).

1.3 Berechtigte Interessen für die Verarbeitung der Daten nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt nur bei berechtigtem Interesse des Verantwortlichen. Sowie in Erfüllung einer Aufgabe.

1.4 Übermittlung der personenbezogenen Daten

Die Mitarbeiter des SG Frühe Hilfen geben lediglich im Rahmen der Abrechnungen der aufsuchenden Gesundheitsfachkräfte Daten zur fallbezogenen Zuordnung der Auszahlung der Aufwendungen an das Sachgebiet Wirtschaftliche Jugendhilfe –zentrale Rechnungsstelle des Jugendamtes weiter. Eine Weitergabe an Drit-

te im Sinne einer anderen Behörde/Stelle erfolgt nicht. Lediglich im Zusammenhang von statistischen Erhebungen/Zwecke erfolgt eine anonymisierte Weiterverarbeitung.

2. Dauer der Speicherung / Lösungsfristen

Ihre personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert, wie es für eine abschließende Bearbeitung Ihres Anliegens notwendig ist. Personenbezogene Daten, für die gesetzliche oder anderweitig vorgeschriebene Aufbewahrungspflichten bestehen, werden für die Dauer der jeweiligen Aufbewahrungsfrist gespeichert und im Anschluss routinemäßig gelöscht. Die Daten werden in der Regel 10 Jahre nach Beendigung der Beratung gelöscht.

3. Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für das freiwillige Angebot der Beratung unabdingbar. Für alle weiteren Verarbeitungszwecke ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten freiwillig. Werden die personenbezogenen Daten allerdings nicht oder nicht vollständig mitgeteilt, erschwert dies eine umfassende Beratung ggf. können Hilfeangebote nicht zugeordnet werden, wenn die Zurverfügungstellung der personenbezogenen Daten hierfür erforderlich ist.

4. Betroffenenrechte

4.1 Recht auf Widerruf Ihrer Einwilligung (Artikel 7 DSGVO)

Sie haben das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der auf Grund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

4.2 Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)

Sie haben das Recht sofern nicht die Vorschriften der §§ 9, 13 Abs. 4, 14 Abs. 2, 16 Abs. 1 LDSG diesem Auskunftsrecht entgegenstehen, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über die Verarbeitung. Dies kann hier lediglich im Umfang von anonymisierten statistischen Erhebungen erfolgen.

4.3 Recht auf Berichtigung/Löschung/Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 16-19 DSGVO)

Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass

- Sie betreffende unrichtige personenbezogene Daten unverzüglich berichtigt werden (Recht auf Berichtigung - Artikel 16 DSGVO) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs.3 LDSG diesem Berichtigungsrecht entgegenstehen,
- Sie betreffende personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO unverzüglich gelöscht werden (Recht auf Löschung) sofern nicht die Vorschrift der § 10 LDSG dem Recht auf Löschung entgegensteht und
- die Verarbeitung unter den Voraussetzungen des Artikels 18 DSGVO eingeschränkt wird (Recht auf Einschränkung der Verarbeitung) sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht auf Einschränkungen der Verarbeitung entgegenstehen;

4.4 Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage einer Einwilligung oder auf einem Vertrag, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 20 DSGVO ein Recht auf Datenübertragung zu sofern nicht die Vorschrift des § 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegensteht.

4.5 Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)

Erfolgt die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten auf Grundlage des Artikels 6 Abs. 1 Buchstabe e oder f DSGVO, steht Ihnen unter den Voraussetzungen des Artikels 21 DSGVO ein Widerspruchsrecht zu sofern nicht die Vorschriften der §§ 13 Abs. 4, 14 Abs. 3 LDSG diesem Recht entgegenstehen.

4.6 Beschwerderecht (Artikel 77 DSGVO)

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie, unbeschadet anderer Rechtsbehelfe, das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.

Kontakt:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Adresse: Königstraße 10a, 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 6155410

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de

5. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Landratsamt Rastatt, Am Schlossplatz 5, 76437 Rastatt,

vertreten durch den Landrat

landrat@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1001

6. Unsere Datenschutzbeauftragte

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter

datenschutzbeauftragte@landkreis-rastatt.de oder Telefon 07222 381-1093